



Haute 1918 abdanken müssen, machte aber später gute Geschäfte: Ernst August III. von Hannover, der Urgroßvater des heutigen Familienoberhauptes Foto: Stadthaus Braunschweig

HAUS HANNOVER Das damalige Familienoberhaupt war während des NS-Regimes an zweifelhaften Geschäften beteiligt – das behauptete der NDR in einer Dokumentation. Nun durften Historiker erstmals die Akten des Familienarchivs erforschen

„Er machte, was ihm nützte“

INTERVIEW JÖRDIS FRÜCHTENICHT

ta: Frau Rauh, stimmt der Vorwurf des NDR, dass das Haus Hannover fragwürdige Geschäfte mit den Nazis gemacht hat?

Cornelia Rauh: In der Dokumentation des NDR lautet der zentrale Vorwurf, Herzog Ernst August, der Urgroßvater des heutigen Familienoberhauptes, hätte eine „unheilvolle Nähe“ zu den Nazis gehabt. Es ist von „miesem Geschäften mit dem Hitlerregime“ die Rede, von „Johndenen Rüstungsgeschäften“ und Ausbeutung von KZ-Häftlingen. Unsere bisherigen Ergebnisse – es ist wichtig zu betonen, dass es ein Zwischenstand ist – zeigen, dass keiner der Vorwürfe aus der Luft gegriffen ist. Und doch liegen die Dinge für uns Historiker komplizierter. Wenn etwa von „unheilvoller Nähe“ zum Regime gesprochen wird, weckt das die Vorstellung, dass Ernst August ideologisch überzeugter Anhänger nationalsozialistischer Ideen oder dass er politischer Führer war. Mindestens erwartet man, dass der international gut vernetzte Hochadelige seine Verbindungen im Dienste Hitlers einsetzte. All das kann ich derzeit nicht bestätigen.

Die Söhne des Familienoberhauptes waren im Zweiten Weltkrieg als Offiziere der Wehrmacht tätig. Wie nah waren der Herzog und seine Familie den Nazis?

Der Offiziersberuf war bis 1918 für den Adel ein attraktiver Karriereweg. Deshalb knüpften nach Wiedereinführung der Wehrpflicht viele adelige junge Männer gerne an diese Tradition an. Das galt auch für die Prinzen. Weder der Herzog noch seine Söhne waren aber Parteimitglieder und auch keine Mitglieder der SS – dabei war diese

selbst erklärte Blutselite für den Adel eigentlich eine anziehende Institution. Der älteste Sohn des Herzogs, der 1914 geborene Erbprinz Ernst August, trat 19-jährig 1933 in die Reiter-SS ein. Doch bereits 1934 meldete er sich wieder ab.

War die Nähe zu den Nazis also nur halb so schlimm?

Ich möchte eine mögliche Nähe von Herzog Ernst August nicht klein reden. Es gibt einzelne Hinweise, die aus der Anfangsphase des NS-Regimes stammen. So etwa aus den Tagebüchern von Joseph Goebbels. Der war im August 1933 mit mehreren, 1918 gestürzten Fürsten zusammengetroffen und hatte notiert: „Am sympathischsten und klügsten noch der Braunschweiger und seine Frau, Victoria Luise. Alles andere doof und überlebt. Kein Grund zur Beunruhigung.“ Ernst August und seine Familie waren sicher nicht in scharfer Distanz zum Regime. Aber eben auch nicht in exponierter Position innerhalb des Regimes.

Inwieweit kooperierte das damalige Familienoberhaupt mit dem NS-Regime?

Den Begriff der Kooperation oder zuspitzend der Kollaboration finde ich problematisch. Für mich bedeutet das, dass sich jemand einbringt, um das Regime zu stabilisieren. Das hat der Herzog nicht getan. Er machte, was ihm nützte, beziehungsweise was er glaubte, was ihm nützlich würde. Die Geschäfte fanden nicht „mit dem Hitlerregime“ statt, sondern unter den Bedingungen, die das Regime gesetzt hatte. Der Herzog war in der ungewöhnlichen Situation, durch die Entschädigung Preußens, die er in den 1930ern für die Annexion Hannovers 1866 erhielt, große Summen verfügbar zu haben, die er ertragbringend anlegen wollte.

Kurz nach der Weltwirtschaftskrise – man wusste, es geht wieder bergauf – hat er das Geld mit Hilfe von Experten investiert.

An wie vielen „Arisierungen“ jüdischer Unternehmen war der Herzog beteiligt?

Jedenfalls an neun Objekten. Die ersten Beteiligungen vor allem jüdischer Unternehmen wurden 1937 von Banken erworben. Zu diesem Zeitpunkt nahm der Druck auf jüdische Geschäftsleute durch das Regime deutlich zu. 1938 wurde dieser noch verstärkt. Alle Vermögen über 5.000 Mark mussten angemeldet werden. Dadurch hatte der Staat eine Liste von Firmen, die es zu „enjuden“ galt. In dieser Situation wandte sich Martin Aufhäuser, ein jüdischer Privatbankier aus München, an den Herzog, um ihm Anteile an seiner Bank zu verkaufen. Diese Beteiligung kam zustande. Und die Umstände lassen auf gegenseitiges Vertrauen und Wertschätzung schließen. Der Bankier wurde zum Beispiel auch in der internen Korrespondenz der Obersten Verwaltung des Herzogs mit Geheimrat tituliert, nicht etwa als „der Jude Aufhäuser“ stigmatisiert. Dennoch lief es für den Bankier 1939 auf Vertreibung und Enteignung hinaus. Nach dem Novemberprogramm 1938 wurde Aufhäuser in das KZ Dachau eingeliefert und festgehalten, bis er den Kaufvertrag unterschrieb. Über die Konditionen entschied der Gauwirtschaftsberater der NSDAP, nicht die Vertragspartner. Dies war aber nicht den Einflussnahmen des Hauses Hannover zuzuschreiben.

Wie ging der Herzog denn bei seinen Geschäften vor?

Sehr unterschiedlich – einerseits gab es einen respektvollen Umgang mit Martin Aufhäuser. Andererseits gab es die Aneignung des Unternehmens

von Lothar Elbogen in Österreich. Das Milieu in Wien war gekennzeichnet durch eine hohe Repräsentation von Juden im Alltag und im Geschäftsleben. Auf der anderen Seite existierte ein heftiger Antisemitismus – noch bevor sich die neue Verwaltung des Hitler-Regimes etablieren konnte. Jüdische Unternehmer wurden durch nicht autorisierte Kommissare enteignet, misshandelt und verhaftet. Diese Welle an antisemitischen Übergriffen ermöglichte es, Elbogen sofort nach dem Anschluss Österreichs in Haft zu nehmen. Er wurde aufgrund falscher Vorwürfe festgehalten, zum Verkauf seines Unternehmens gezwungen und vollständig enteignet. Es lässt sich nicht nachweisen, dass der Vorwandcharakter dieser Inhaftierung dem Herzog oder seinem Verwalter Paul Knoke bewusst war. Klar ist, dass Ernst August, der möglicherweise durch Fürsprache für den Inhaftierten eine frühere Entlassung hätte bewirken können, dies unterließ, ebenso wie Paul Knoke. Letzterer erklärte eine Entlassung des Häftlings für nicht wünschenswert, solange der Verkauf des gesamten Unternehmens nicht geregelt war.

Welche Motive hatte der Herzog für die Übernahme jüdischer Unternehmen?

Er wollte eine sichere, also ertragbringende Anlage des Vermögens seiner Familie. Das Ziel war nicht explizit der Ankauf jüdischer Unternehmen. Doch diese standen – durch den Verdruk des NS-Staates – seit Mitte der 1930er zahlreich zum Verkauf. In dieser Situation hat es der Herzog nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern gezielt darauf angelegt, Unternehmen in seinen Besitz zu bringen, die aus jüdischem Besitz stammten – weil sie gut zu

Cornelia Rauh

■ 59, ist Expertin für die Wirtschaftsgeschichte des Nationalsozialismus. Seit 2005 ist sie Professorin für Deutsche und Europäische Zeitgeschichte an der Leibniz-Universität Hannover. ■ Nach einem kritischen Bericht des NDR 2014 stellte der Sohn des derzeitigen Familienoberhauptes, Ernst August Erbprinz von Hannover, 3.200



Foto: dpa

Akten des Familienarchivs dem Forscher-Team um Cornelia Rauh zur Verfügung.

dem passten, was bereits an Vermögen vorhanden war, und weil er sich sichere Erträge versprach.

Im österreichischen Wels gehörte dem Herzog eine Rüstungsfabrik. Was hatte es damit auf sich?

Die Gründung der Flugzeug- und Metallbauwerke Wels (FMW) erfolgte eine Woche vor Beginn des Zweiten Weltkriegs. Krieg lag in der Luft. Das Unternehmen wurde als kleines Flugzeugreparaturwerk in einer Gegend Österreichs etabliert, die als luftsicher galt – faktisch jedoch wurde das Werk 1944 durch einen Fliegerangriff zerstört. Die Unternehmensgründung zielte zum einen darauf ab, von der herrschenden Rüstungskonjunktur zu profitieren. Gleichzeitig verfolgte man jedoch eine über den Krieg hinausweisende Strategie. Nach dem siegreichen Kriegsende hoffte man, Leichtmetallprodukte für die dann zu erwartende Baukonjunktur liefern zu können. Kriegsverlauf und alliierte Nachkriegspolitik durchkreuzten jedoch dieses Kalkül.

Kamen in den Betrieben der Familie Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge zum Einsatz?

In Wels kamen ausländische Zwangsarbeiter vieler Nationen und Kriegsgefangene zum Einsatz. 1939 konnte man das allerdings nicht absehen. Wie alle Unternehmen, die ihre Produktion im Krieg nicht einstellen, hatten auch die Flugzeug- und Metallbauwerke Wels Teil am NS-Unrecht des Zwangsarbeiter-Einsatzes. Was den Einsatz von KZ-Häftlingen angeht, so haben wir keinen Anhaltspunkt dafür, dass die Leitung der FMW diese angefordert oder zugeteilt bekommen hätte. Allerdings wurden die FMW nach Zerstörung ihrer Produktionshallen unter Leitung des sogenannten Jägerbats für die Produktion von Messerschmitt-Flugzeugteilen in unterirdischen Stollen herangezogen. Und dort waren – unter Aufsicht und für Rechnung der SS – zweifelsfrei auch KZ-Häftlinge im Einsatz.

Welche Rolle spielte der Herzog bei den Investitionen – und wie wichtig war sein Verwalter?

Der Verwalter hatte bei allen Investitionen und der Verwaltung des Vermögens eine zentrale Stellung. Prof. Dr. Paul Knoke, ein Jurist, war bereits seit 1915 für den Herzog tätig, zunächst als Chef des Kabinetts im Herzogtum Braunschweig. Über viele Geschäfte und wirtschaftliche Überlegungen war der Herzog sicherlich nicht im Detail informiert. Das hat alles Knoke gemacht. Allerdings war für rechtswirksame Geschäfte immer die Unterschrift des Herzogs nötig.

Wie hat sich das Haus Hannover nach Kriegsende verhalten? Wurden Geschäftsbeteiligungen an die rechtmäßigen Eigentümer zurück übertragen?

Im Prinzip gab es keinen Spielraum. Die Alliierten hatten verfügt, dass durch politische oder rassische Verfolgung Enteignete ihre Vermögen zurückzuerstatten waren. Insofern gab es nur die Möglichkeit, sich über Bedingungen und Ansprüche gerecht zu machen. Für alle vom Herzog übernommenen Unternehmen und Vermögensanteile wurden Restitutionsleistungen bezahlt. In manchen Unternehmen blieb der Herzog nach Entschädigung seiner Geschäftspartner auch weiterhin mitbeteiligt. Die Verhältnisse, unter denen das möglich war, haben wir jedoch noch nicht im Detail untersuchen können.